

Der Bankenerlaß

Rechtmäßigkeit, Wirkungsbereich und Bedeutung
für die Bank- und Steuerverwaltungspraxis

Von

Dr. Lothar H. J. Becker



Juristische Gesamtbibliothek
der Technischen Hochschule
Darmstadt

DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

841321

Inhaltsverzeichnis

I. Problemstellung und Einführung in die Thematik	17
II. Zustandekommen des Bankenerlasses und terminologische Festlegungen	20
1. „Rechtsnatur“ des Bankenerlasses	21
III. Einordnung des Bankenerlasses als Steuerverwaltungsvorschrift	23
1. Grundsätzliches zu den Verwaltungsvorschriften	23
2. Insbesondere die Steuerverwaltungsvorschriften	29
3. Der Regelungsinhalt des Bankenerlasses von 1979	33
IV. Befugnis zum Erlaß des Bankenerlasses	35
V. Wirksamkeit des Bankenerlasses	38
1. Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen Kreditinstituten und Kunden (Abschnitt 1 Satz 1)	39
2. Die Vollständigkeits- und Richtigkeitsvermutung der Angaben in der Steuererklärung (Abschnitt 1 Satz 2)	41
3. Allgemeine Kontenüberwachung (Abschnitt 2)	43
4. Kontrollmitteilungsverbot und Legitimationsprüfung (Abschnitt 3)	46
a) Zulässigkeit von Kontrollmitteilungen nach § 194 Abs. 3 AO	46
b) Zulässigkeit von Kontrollmitteilungen aufgrund des Abschnittes 3 des Bankenerlasses	48
c) Die Legitimationsprüfung nach § 154 Abs. 2 AO	53
aa) Der Kontoverfugungsberechtigte	53
bb) Kontoerrichtung auf den Namen eines Dritten	55
cc) Sicherstellung der Auskunftsverpflichtung	56
d) Allgemeine Erfordernisse bei der Durchführung der Legitimationsprüfung	57
e) Festhalten der Prüfungserfordernisse und das Verbot der Nummernkonten	58

f)	Besonderheiten der Legitimationsprüfung bei juristischen Personen und anderen Rechtsformen	59
aa)	Legitimationsprüfung bei nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen	59
bb)	Legitimationsprüfung der juristischen Personen des privaten und des öffentlichen Rechts	60
g)	Die rechtliche Behandlung der CpD-Konten und CpD-Depots	61
h)	Zum Begriff des „entsprechenden Kontos“ und zur Frage, wo das „entsprechende Konto“ als „geführt“ anzusehen ist	64
i)	Abgrenzung der CpD-Konten von anderen durch Kontrollmitteilungen tangierten Bankkonten	65
5.	Verzicht auf Kontennummern in Steuererklärungen (Abschnitt 4)	66
6.	Die Zulässigkeit von Einzelauskunftersuchen (Abschnitt 5)	68
a)	Die Auskunftspflichtigen Dritter nach der Abgabenordnung 1977	68
aa)	Die Banken als mitwirkungspflichtige Dritte	68
bb)	Das Auskunftsverlangen nach § 93 AO und Abschnitt 5 des Bankenerlasses	69
cc)	Inhaltliche Anforderungen an das Auskunftersuchen ..	72
dd)	Vorlage von Urkunden und eidliche Vernehmung	75
b)	Aussageverweigerungsrecht der Bank?	76
c)	Die Auskunftsverpflichtung der Kreditinstitute bei Anderkonten	76
d)	Die Mitteilungsverpflichtung der Finanzbehörden gegenüber den Steuerpflichtigen im Auskunftersuchen an Kreditinstitute	79
e)	Die Mitteilungsverpflichtung des Kreditinstitutes gegenüber ihren Kunden bei finanzbehördlichen Auskunftersuchen ..	81
aa)	Zur Existenz und Inhaltsbestimmung eines „allgemeinen Bankvertrages“	82
bb)	Die Mitteilungsverpflichtung des Kreditinstitutes aus dem zwischen ihr und dem Kunden geschlossenen Einzelvertrag	85
cc)	Die Mitteilungsverpflichtung des Kreditinstitutes aus gesetzlichem Schutzverhältnis	88
7.	Die Stellung der Steuerfahndung bei Auskunftersuchen (Abschnitt 6)	89
a)	Entwicklung und Organisation der Steuerfahndung	90
b)	Aufgaben der Steuerfahndung	91
c)	Befugnisse der Steuerfahndung ganz allgemein	93
d)	Befugnisse der Steuerfahndung im Verfahren nach § 208 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AO	93

e) Befugnisse der Steuerfahndung im Verfahren nach § 208 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO	96
aa) Das verfahrensrechtliche Verhältnis von Besteuerungsfunktion und strafprozessualer Funktion	97
bb) Die Steuerfahndung ermittelt ausschließlich wegen Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten	99
cc) Die Steuerfahndung ermittelt ausschließlich die Besteuerungsgrundlagen der in § 208 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AO genannten Steuerzuwiderhandlungen	100
dd) Ermittlungen der Steuerfahndung sowohl zur Erforschung von Steuerstraftaten als auch zur Ermittlung der Besteuerungsgrundlagen	100
f) Befugnisse der Steuerfahndung im Verfahren nach § 208 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 AO und die besondere Bedeutung des Abschnittes 6 des Bankenerlasses	102
8. Die Anwendbarkeit des Bankenerlasses im Steuerstrafverfahren	109
 <i>VI. Bankenerlaß und Bankgeheimnis</i>	116
1. Geltung und Begriff des Bankgeheimnisses	117
2. Rechtsgrundlagen des Bankgeheimnisses	118
a) Privatrechtliche Grundlagen	119
b) Verfassungsrechtliche Grundlagen	121
c) Das Bankgeheimnis als gewohnheitsrechtliche Institution ..	122
3. Gegenstand und Umfang der Geheimhaltungspflicht	123
4. Das Bankgeheimnis im Steuerrecht und seine Durchbrechungen	124
 <i>VII. Der Bankenerlaß als Ausfluß der Selbstbindung der Verwaltung</i>	129
1. Der Bankenerlaß innerhalb der Kategorie der Steuerverwaltungsvorschriften	129
2. Der Bankenerlaß als Ermessensvorschrift	130
a) Die „Kann“- , „Darf“- und „Soll“-Bestimmungen des Bankenerlasses	135
3. Die Selbstbindung der Finanzbehörde durch den Bankenerlaß	139
a) Die mittelbare Außenwirkung des Bankenerlasses durch Selbstbindung der Verwaltung gemäß Art. 3 GG und aufgrund des Vertrauensschutzprinzips	142
b) Die Bindungsintensität für die Verwaltung durch den Bankenerlaß	146

<i>VIII. Besondere Probleme im Zusammenhang mit dem Bankenerlaß</i>	148
1. Die Bindung der Gerichte an dem Bankenerlaß	148
2. Rechtsschutzfragen im Zusammenhang mit dem Bankenerlaß . .	149
<i>IX. Schlußbetrachtung</i>	152
<i>Anhang I</i> — Bankenerlaß vom 2. August 1949	155
<i>Anhang II</i> — Bankenerlaß vom 31. August 1979	156
<i>Literaturverzeichnis</i>	158
<i>Sachwortverzeichnis</i>	174